

Niederschrift

über die Sitzung des

Kreistages Ahrweiler

am

Wochentag	Datum
Freitag	15.12.1995

Übersicht

über die vom Kreistag des Kreises Ahrweiler in der 7. Sitzung am 15.12.1995 gefaßten Beschlüsse:

To.- Punkt	Beratungsgegenstand
	Öffentliche Sitzung
1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit
2	Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes
3	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 27.10.1995
4	Bericht über die Erfahrungen mit dem neuen Landesaufnahmegesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz und der aufgrund der Ermächtigung im Landesaufnahmegesetz erfolgten Delegation der Aufgaben (Auftrag des Kreistages vom 12.08.1994)
5	Wahl von ehrenamtlichen Beisitzern für die Ausschüsse und Kammern für Kriegsdienstverweigerung
6	Gründung des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel GmbH für das Gebiet der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald
7	Nahverkehrsplan: Information über den öffentlichen Personennahverkehr; Aufstellungsbeschluß für den "Nahverkehrsplan Landkreis Ahrweiler"
8	Neufassung von Satzungen
8.1	Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung von Straßen
8.2	Satzung über die Erhebung einer Jagdsteuer
8.3	Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Besuch der Kreismusikschule
8.4	Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Ahrweiler
9	Wirtschaftsplan 1996 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler
10	Haushaltsberatungen 1996 a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1996 b) Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 1995 - 1999 c) Haushaltsplan 1996 der Gertrud-Pons-Stiftung
11	Beantwortung von Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
12	Einwohnerfragestunde

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

- 1. Sitzungsbeginn** : 14.10 Uhr
2. Ende der Sitzung : . Uhr
3. Ort der Sitzung : **Sozialraum, Wilhelmstr. 24 - 30, Bad Neuenahr-Ahrweiler**

4. Anwesend waren die Mitglieder :

Adams, Gerhard, Sinzig (CDU)
 Artzdorf, Werner, Niederzissen (SPD)
 - geht vor der Abstimmung zu TOP 10 -
 Banze, Dirk, Sinzig-Löhndorf (SPD) - Fraktionsvorsitzender -
 Becker, Berthold, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
 Dr. Berbig, Michael, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
 Bernads, Anton-Friedrich, Grafschaft-Nierendorf (CDU)
 Boes, Hans, Bad Neuenahr-Ahrweiler (fraktionslos)
 Elsner, Petra, Grafschaft-Lantershofen (SPD)
 Ernst, Guido, Bad Breisig (CDU)
 Gehrmann, Astrid, Bad Neuenahr-Ahrweiler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
 Gemein, Franz-Josef, Remagen (CDU)
 Groß, Wolfgang, Sinzig-Bad Bodendorf (SPD)
 Hager, Charlotte, Sinzig-Koisdorf (CDU)
 Henzgen, Rolf, Bad Breisig (SPD)
 Höttler, Margot, Königsfeld (CDU)
 Holzemer, Anneliese, Adenau (CDU)
 Hörsch, Günter, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
 Klaesgen, Katharina, Schuld (CDU)
 Klein, Petra, Weibern (SPD)
 Lang, Bernd, MdL, Bad Breisig (SPD)
 Langenhorst, Fritz, Bad Neuenahr-Ahrweiler (SPD)
 Lehmann, Hannelore, Adenau (ÖDP)
 Lessenich, Adolf, Brohl-Lützing (SPD)
 Löhr, Kurt, Adenau (CDU)
 Malpricht, Detlef, Grafschaft-Oeverich (F.D.P.)
 May, Karl Heinz, Burgbrohl (CDU)
 Näkel-Surges, Ingrid, Dernau (CDU)
 Nei, Bernd, Grafschaft-Karweiler (SPD)
 Schlagwein, Wolfgang, Bad Neuenahr-Ahrweiler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
 - Fraktionsvorsitzender -
 Schmitt, Renate, Bad Neuenahr-Ahrweiler (SPD)
 Schmitz, Anneliese, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
 Schneider, Walter, Altenahr-Kreuzberg (CDU)
 - kommt zu Beginn von TOP 10 -
 Schnitker, Friedhelm, Brohl-Lützing (CDU)
 Simons, Wolfgang, Grafschaft-Gelsdorf (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
 - kommt zu Beginn von TOP 10 -
 Dr. Stange, Helmuth, Bad Neuenahr-Ahrweiler (F.D.P.)
 - Fraktionsvorsitzender -
 Sundheimer, Karl-Heinz, Kempenich (CDU) - Fraktionsvorsitzender -
 Titz, Joachim, Remagen-Oberwinter (CDU)
 Weltken, Rudolf, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)

5. Anwesend waren die Kreisbeigeordneten :

Wirz, Walter, MdL, Adenau (CDU) - 1. Kreisbeigeordneter -
Foltin, Karlheinz, Sinzig-Bad Bodendorf (CDU) - 2. Kreisbeigeordneter -

6. Anwesend waren von der Verwaltung :die Dezernenten

Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Daniel
Veterinärdirektor Dr. Gaudlitz
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Paffenholz
Regierungsdirektor Dr. Saftig

der Schriftführer

Kreisoberverwaltungsrat Kniel

ferner von der Verwaltung

Regierungsrätin z. A. Peeters
Oberamtsrat Müller
Amtsrat Kess
Kreisinspektorin Hengsberg
Oberamtsrat Reichling, Werkleiter AWB
Amtsrat Willems (TOP 6 - 10)
Kreisamtmann Reichert (TOP 6 - 10)
Verwaltungsangestellter Mertens, Personalratsvorsitzender (bis TOP 10)
Oberamtsrat Moeren (bis TOP 10)
Oberbaurat Pfennig (bis TOP 10)
Amtsrat Stiglitz (bis TOP 10)

7. Entschuldigt fehlten :die Mitglieder des Kreistages

Sebastian, Wilhelm Josef, MdB, Dernau (CDU)
Tempel, Willi, Dernau (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Umlauf-Groß, Hannelore (CDU)
Wallow, Hans, MdB, Remagen-Rolandseck (SPD)

TO-Punkt	Beratungsgegenstand
----------	---------------------

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit
---	--

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlußfähigkeit des Kreistages fest.

Er ehrte den Ersten Kreisbeigeordneten Walter Wirz für 25 Jahre ehrenamtlicher Tätigkeit im Dienste des Landkreises Ahrweiler und überreichte ihm eine Urkunde des Landkreistages.

Im folgenden unterrichtete der Vorsitzende den Kreistag über die Kernaussagen des durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zwischenzeitlich ergangenen Urteils im vorläufigen Rechtsschutzverfahren gegen den Planfeststellungsbeschluß für die Abfallentsorgungsanlage "Auf dem Scheid". Das Gericht habe festgestellt, daß ein fehlerfreies Standortauswahlverfahren stattgefunden habe und der Standort den Anforderungen der Technischen Anleitung Siedlungabfall bezüglich des Multibarrierenprinzips und der hydrogeologischen Erfordernisse entspreche. Ein Verstoß gegen formelles Recht, der erwarten lasse, daß im Hauptsacheverfahren der Planfeststellungsbeschluß aufgehoben werde, liege nicht vor. Insbesondere sei die im Planfeststellungsverfahren durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung nicht zu beanstanden. Das Fehlen einer Planrechtfertigung sei ebenfalls zu verneinen, da die Neuplanung einer Deponie zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit vernünftigerweise geboten sei und die vorhandenen Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten in hohem Maße ausgeschöpft seien.

Darüber hinaus seien alle durch das Vorhaben betroffenen privaten und öffentlichen Belange im Planfeststellungsverfahren umfassend gesehen und ihre Bedeutung ermittelt sowie entsprechend ihrer objektiven Wichtigkeit in die Abwägung einbezogen worden.

Mit diesem Gerichtsbeschluß habe der Landkreis, abgesehen von dem noch klärungsbedürftigen Gesichtspunkt der Basisdichtung, die Bestätigung, mit dem richtigen Standort und der richtigen Anlagenkonzeption geplant zu haben.

Zur weiteren mit dem Werksausschuß abgestimmten Vorgehensweise teilte der Vorsitzende mit, daß das planende Ingenieurbüro den Auftrag erhalten habe, die erforderlichen Leistungsverzeichnisse für die unbedingt notwendigen und unumgänglichen Baumaßnahmen zu erstellen. Dies seien im einzelnen die Zufahrtstraße, das Regenrückhaltebecken, das Eingangsgebäude mit Waage und der Kleinlieferbereich. Über die Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen hinaus geschehe zunächst nichts. Für die Vergabe der Bauaufträge und für die Durchführung der Ausschreibungen habe sich der Werksausschuß eine gesonderte Entscheidung im Februar 1996 vorbehalten.

Bis dahin werde man auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Deponiezweckverband Eiterköpfe überprüfen. Eine Bewertung dieser Lösung als Alternative zur Errichtung einer eigenen Deponie werde erst auf der Grundlage fundierter Fakten und Zahlen möglich sein. Sofern sich hier Entscheidungsbedarf ergebe, werde der Kreistag das letzte und entscheidende Wort haben.

Abschließend informierte der Vorsitzende den Kreistag noch gemäß § 26 der Landkreisordnung über die Mitteilung der Bezirksregierung Koblenz, daß alle Beanstandungen im Prüfbericht des Landesrechnungshofes Rheinland-Pfalz über die Haushalts- und Wirtschaftsführung in den Jahren 1988 - 1992 ausgeräumt seien und die gesamten Bemerkungen als erledigt betrachtet werden können

2	Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes
---	---

Der Vorsitzende verpflichtete Frau Margot Höttler (CDU) als neues Kreistagsmitglied.

3	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 27.10.1995
---	--

Der Kreistag genehmigte einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 27.10.95 in der vorgelegten Fassung.

4	Bericht über die Erfahrungen mit dem neuen Landesaufnahmegesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz und der aufgrund der Ermächtigung im Landesaufnahmegesetz erfolgten Delegation der Aufgaben (Auftrag des Kreistages vom 12.08.1994)
---	--

Der Kreistag nahm den Bericht zur Kenntnis.

5	Wahl von ehrenamtlichen Beisitzern für die Ausschüsse und Kammern für Kriegsdienstverweigerung
---	--

Auf Vorschlag des Vorsitzenden erklärte sich der Kreistag einstimmig mit einer offenen Abstimmung einverstanden.

Nach einer von Herrn Sundheimer (CDU) beantragten Sitzungsunterbrechung von 14.30 bis 14.45 Uhr wählte der Kreistag einstimmig folgende Personen als ehrenamtliche Beisitzer **in die Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung**

auf Vorschlag der CDU-Fraktion:

- > Bender, Edith, Bad Neuenahr-Ahrweiler
- > Bladt, Hans, Burgbrohl
- > Efferz, Hermann-Josef, Remagen
- > Frein-Oyen, Irmgard, Adenau
- > Inhoffen, Karl-Heinz, Sinzig
- > Merten Gabriele, Grafschaft-Gelsdorf
- > Schmitz, Anneliese, Bad Neuenahr-Ahrweiler
- > Schnitker, Friedhelm, Brohl-Lützing
- > Zetsche, Hans-Peter, Dernau

auf Vorschlag der SPD-Fraktion:

- > Groß, Elisabeth, Sinzig-Westum
- > Hofmann-Backes, Kirsten, Bad Breisig
- > Kohns, Renate, Burgbrohl
- > Schmidt, Helmut, Kirchsahr
- > Zedow, Alexander, Ohlenhard

auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

- > Dr. Gehrman, Karin, Bad Neuenahr-Ahrweiler
- > Hahn, Klaus, Sinzig-Westum

Der Kreistag wählte einstimmig die folgenden Personen als ehrenamtliche Beisitzer **in die Kammern für Kriegsdienstverweigerung**

auf Vorschlag der CDU-Fraktion:

- > Lindlahr, Heinz, Bad Neuenahr-Ahrweiler
- > Ripoll, Christel, Brohl-Lützing
- > Stratmann, Udo, Dümpelfeld
- > Weber, Klemens, Remagen

auf Vorschlag der SPD-Fraktion:

- > Bell, Leo, Bad Breisig
- > Koll, Ursula, Bad Neuenahr-Ahrweiler
- > Linke, Christa, Bad Breisig
- > Pöhler, Ursula, Remagen

6	Gründung des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel GmbH für das Gebiet der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald
---	--

An der Beratung beteiligten sich die Kreistagsmitglieder Herr Hörsch (CDU),
Herr Groß (SPD) und Herr Schlagwein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

Der Kreistag stimmte dem Gesellschaftsvertrag des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel GmbH (VRM) in der zuletzt vorgelegten Fassung zu. Auf dieser Grundlage wurde die Verwaltung zum Abschluß des Gesellschaftsvertrages ermächtigt.

7	Nahverkehrsplan: Information über den öffentlichen Personennahverkehr; Aufstellungsbeschluß für den "Nahverkehrsplan Landkreis Ahrweiler"
---	---

An der Diskussion beteiligten sich die Kreistagsmitglieder Herr Hörsch (CDU) und Herr Groß (SPD).

Der Kreistag beschloß einstimmig die Aufstellung des Nahverkehrsplanes für den Landkreis Ahrweiler und beauftragte die Verwaltung, die Entwurfsarbeiten aufzunehmen.

8	Neufassung von Satzungen
---	--------------------------

TOP 8 und TOP 9 wurden gemeinsam beraten.

An der Beratung beteiligten sich die Kreistagsmitglieder Herr Dr. Stange (F.D.P.), Herr Hörsch (CDU), Herr Adams (CDU), Herr Langenhorst (SPD) und Herr Schlagwein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

8.1	Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung von Straßen
-----	--

Der Kreistag beschloß einstimmig die Satzung des Landkreises Ahrweiler über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der vorgelegten Fassung.

8.2	Satzung über die Erhebung einer Jagdsteuer
-----	--

Der Kreistag beschloß einstimmig die Satzung über die Erhebung einer Jagdsteuer im Landkreis Ahrweiler in der vorgelegten Fassung.

8.3	Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Besuch der Kreismusikschule
-----	--

Der Kreistag beschloß einstimmig die vorgelegte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Besuch der Musikschule.

8.4	Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Ahrweiler
-----	--

Der Kreistag beschloß einstimmig die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Ahrweiler in der vorgelegten Fassung.

9 Wirtschaftsplan 1996 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler

Der Kreistag beschloß einstimmig den Wirtschaftsplan 1996 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler in der vorliegenden Fassung.

10 Haushaltsberatungen 1996 a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1996 b) Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 1995 - 1999 c) Haushaltsplan 1996 der Gertrud-Pons-Stiftung

Der Vorsitzende gab eine Erklärung zum Haushalt 1996 ab.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kreistagsmitglieder Herr Sundheimer (CDU), Herr Lang (SPD), Herr Schlagwein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Dr. Stange (F.D.P.), Frau Näkel-Surges (CDU), Herr Lessenich (SPD), Herr Weltken (CDU), Herr Malpricht (F.D.P.), Herr Boes (CDU), Herr Henzgen (SPD), Herr Ernst (CDU), Herr Gemein (CDU) und Herr Banze (SPD).

Über Einzelpositionen des Haushaltsplanentwurfs wurde wie folgt abgestimmt:

1. Der Antrag des Ausländerbeirats vom 10.10.95, für seine Arbeit Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 DM bereitzustellen, wurde mit 36 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.
2. Der Antrag der SPD Fraktion, den Ausländerbeirat mit einem eigenen Betrag auszustatten, der sich aus der Zahl der Stimmberechtigten der jeweils vorausgegangen Wahl des Ausländerbeirats, multipliziert mit 1,50 DM errechnet, wurde zurückgezogen.
3. Der gemeinsame Antrag von CDU- und SPD-Fraktion, den Ansatz 0000.4010 "Kosten ehrenamtlicher Tätigkeit" um 6.000 DM auf 164.000 DM zu reduzieren und für die Kosten des Ausländerbeirats eine neue Haushaltsstelle (0241.4010) mit einem Ansatz von 10.000 DM zu bilden, so daß sich eine zusätzliche Ausgabe von 4.000 DM ergibt, wurde mit 37 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.
4. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Ansatz 1130.5750 "Maßnahmen der Landespflege" um 5.000 DM auf 10.000 DM anzuheben, und den Ansatz 6500.5100 "Kreisstraßen: Unterhaltungskosten" entsprechend um 5.000 DM auf 400.000 DM zu vermindern, wurde bei einer Enthaltung mit 37 Stimmen angenommen.
5. Der Antrag der SPD-Fraktion, die Kreisverwaltung mit der Erstellung eines langfristigen Konzepts für kreiseigene Schulen zu den Punkten Bauunterhaltung, Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmittel,

- Anpassung der Pauschbeträge an die Kostenentwicklung sowie Erweiterung der Budgetierung auf die Gruppierungsziffern 5 und 6 des Verwaltungshaushaltes zu beauftragen, wurde mit 20 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.
6. Der Antrag der SPD-Fraktion, die Kreisverwaltung zu beauftragen, auf die Gründung eines Fördervereins für die Kreismusikschule hinzuwirken und sich gezielt um Sponsoring-Gelder zu bemühen sowie die Gagen für Schulveranstaltungen Schritt für Schritt an marktübliche Honorare heranzuführen, wurde mit 18 Stimmen bei 13 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.
 7. Der Antrag der CDU-Fraktion, aufgrund der Regelungen im Psychiatriegesetz im Einzelplan 4 "Soziale Sicherung" bei einer neu zu bildenden Haushaltsstelle 4000.1711 zusätzliche Einnahmen in Höhe von 125.000 DM zu veranschlagen und diesen bei der Haushaltsstelle 4000.6553 Ausgaben in Höhe von 55.000 DM gegenüberzustellen, womit eine Haushaltsverbesserung von 70.000 DM verbunden sei, wurde mit 23 Stimmen bei 11 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen.
 8. Der Antrag der CDU-Fraktion, den Ansatz 4100.7301 "Laufende Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit) außerhalb von Einrichtungen" durch Verschiebung der Umstellung des Abrechnungsverfahrens um 2 Mio auf 14.550.000 DM zu reduzieren, wurde mit 24 Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen angenommen.
 9. Der Antrag der CDU-Fraktion, für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" als ersten Ansatz 700.000 DM bei Haushaltsstelle 4100.7302 anstelle der im Entwurf vorgesehenen 1.000.000 DM einzustellen, wurde mit 24 Stimmen bei 13 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.
 10. Der Antrag der SPD-Fraktion, die Kreisverwaltung zu beauftragen, bei allen im Kreisgebiet ansässigen Bankinstituten auf eine zusätzliche Mitfinanzierung der Schuldnerberatung hinzuwirken, wurde mit 37 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.
 11. Der Antrag der SPD-Fraktion, bei der Haushaltsstelle 4140.7448 "Hilfe in besonderen Lebenslagen in Einrichtungen" zusätzlich 20.000 DM als Zuschuß für das Frauenhaus-Projekt des Vereins "Frauen für Frauen" einzustellen, wurden mit 24 Stimmen bei 13 Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt.
 12. Der Antrag der CDU-Fraktion, den Ansatz 4160.746101 "Hilfe zur Pflege in Einrichtungen" wegen erwarteter Entlastung aus der Pflegeversicherung um 368.252 DM auf 18.631.746 DM zu reduzieren, wurde mit 24 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen angenommen.
 13. Der Antrag der CDU-Fraktion, durch Anpassung der Ausgaben für Asylbewerber an die Erstattung des Landes nach dem Asylbewerberleistungsgesetz den Ansatz 4200.6720 auf 6.150.000 DM zu

- reduzieren, woraus sich eine Haushaltsverbesserung von 350.000 DM ergebe, wurde mit 24 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen.
14. Der Antrag der F.D.P-Fraktion, den Sportausschuß aufzulösen und im Einzelplan 4, Unterabschnitt 4511.7002 "Zuschüsse für Sportvereine" eingesetzten Haushaltmittel durch den Kreis- und Umweltausschuß freigeben zu lassen, wurde zurückgezogen.
 15. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, aus dem Ansatz 6500.6710 "Straßenbeitrag an das Land" 113.950 DM, sprich den Betrag, der über die Allgemeine Straßenzuweisung des Landes nach dem FAG hinausgeht, zu sperren, und die Verwaltung zu beauftragen, die Möglichkeit einer Verminderung des Straßenbeitrages an das Land zu prüfen, wobei besonders die möglichen Nachteile, die dem Kreis durch die ständige Praxis beschränkter statt öffentlicher Ausschreibungen sowie häufige Abweichungen der tatsächlichen Ausführung von der Planung entstehen, berücksichtigt werden sollten, wurde mit 24 Stimmen bei 9 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.
 16. Der Antrag der CDU-Fraktion, zusätzlich 40.000 DM Zinszuschüsse zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes bei einer neuen Haushaltsstelle 7900.7260 in den Haushalt einzustellen, wurde mit 24 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen angenommen.
 17. Der Antrag der CDU-Fraktion, den Hebesatz der Kreisumlage auf 34,5 v.H. anzuheben, wurde mit 23 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.
 18. Der Antrag der SPD-Fraktion, auf die Anschaffung eines Dienstwagens zu verzichten, wodurch der Ansatz 0620.9350 "Dienstfahrzeuge" um 29.000 DM reduziert würde, wurde mit 29 Stimmen bei 9 Gegenstimmen abgelehnt.
 19. Der Antrag der CDU-Fraktion, für den Neubau des Gymnasiums in Bad Neuenahr-Ahrweiler den Ansatz bei der Haushaltsstelle 2311.9400 um 4 Mio auf 5 Mio zu reduzieren und die Verpflichtungsermächtigungen entsprechend zu erhöhen, wurde mit 37 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.
 20. Der Antrag der CDU-Fraktion, für die Neugestaltung des Eingangsbereichs im Gymnasium Sinzig bei der Haushaltsstelle 2330.9400 einen Betrag von 15.000 DM zu veranschlagen, wurde mit 34 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.
 21. Der Antrag der CDU-Fraktion, die Baukostenzuschüsse für die Gymnasien Nonnenwerth und Kalvarienberg auf zwei Haushaltjahre zu strecken, so daß sich der Ansatz bei Haushaltsstelle 2341.9870 auf 142.500 und bei Haushaltsstelle 2342.9870 auf 245.000 reduziert, wobei in

Höhe der gekürzten Beträge Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Haushaltsjahres 1997 veranschlagt werden, wurde mit 37 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

22. Der Antrag der CDU-Fraktion, für die Gestaltung des Innenhofes des Are-Gymnasiums bei Haushaltsstelle 2330.9400 einen Betrag von 50.000 DM zu veranschlagen, wurde mit 29 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.
23. Der Antrag der CDU-Fraktion, im Rahmen der Jugendförderung für einen Zuschuß an den Landessportbund Rheinland-Pfalz 25.000 DM für ein Hüttendorf in Weibern bei einer neuen Haushaltsstelle 4600.9870 bereitzustellen, wurde mit 35 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.
24. Der Antrag der CDU-Fraktion, den Ansatz 6501.9527 "Unterhaltung und Ausbau" von Kreisstraßen um 100.000 DM zu kürzen, wurde mit 37 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.
25. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Zuschuß für die Verlängerung der Ahrtalbahn durch entsprechende Reduzierung des Ansatzes "Unterhaltung und Ausbau von Kreisstraßen" zu finanzieren, wurde zurückgezogen.
26. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Mittel für die K 24, Lückenbach - L 73 auf die für den Grunderwerb notwendige Höhe von 30.000 DM zu beschränken, wurde mit 24 Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.
27. Der Antrag der SPD-Fraktion, die Wiederaufnahme der Strecke Kreuzberg-Ahrbrück zu einem Drittel der Restkosten mitzufinanzieren, wurde mit 23 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt.
28. Der Antrag der CDU-Fraktion, für den Ausbau des Bahnhofes Ahrbrück der Ortsgemeinde Ahrbrück einen Kreiszuschuß in Höhe von 10.000 DM zu den Investitionskosten zur Verfügung zu stellen, wurde mit 36 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.
29. Übergangstarif "Rhein-Mosel-Ticket"

Der Kreistag stimmte mit 37 Stimmen bei einer Enthaltung der Einführung des Übergangstarifes "Rhein-Mosel-Ticket" zum schnellstmöglichen Zeitpunkt, spätestens im Frühjahr 1996 zu, wobei dieser zunächst bis Ende 1999 befristet ist. Der für die Werbung vorgesehene Betrag ist für die Folgejahre bis 1999 jeweils neu zu verhandeln, so daß sich die Kostenzusage des Landkreises insoweit nur auf das Jahr 1996 bezieht. Die Mittel für 1996 in Höhe von 12.000 DM werden im Rahmen des Haushaltsplanes 1996 veranschlagt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, eine entsprechende Verpflichtungserklärung für den Landkreis Ahrweiler gegenüber dem Nahverkehrsbüro abzugeben.

30. ÖPNV-Konzept: Umsetzung im Umsetzungsraum II (Brohltal/Bad Breisig)
Darstellung der finanziellen Auswirkungen im Haushaltsjahr 1996

Der Kreistag nahm die Information zur Feinplanung im Umsetzungsraum II und zur voraussichtlichen Haushaltsentwicklung im Jahre 1996 zur Kenntnis. Er stellte bei zwei Enthaltungen die erforderlichen Mittel bereit und beauftragte die Verwaltung, die Planung zum 21.02.96 umzusetzen.

31. Der Antrag der CDU-Fraktion, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen, ob im Personalkostenbereich 200.000 DM eingespart werden können und dem Kreistag bei den Beratungen des Nachtragshaushalts 1996 hierüber zu berichten, wurde mit 24 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen.

32. Der Antrag der SPD-Fraktion, alle durch Eintritt in den Ruhestand und durch Fluktuation freiwerdenden Stellen der Kreisverwaltung nicht von außen neu zu besetzen, sowie durch Umsetzung innerhalb der Verwaltung freiwerdende Stellen nicht mehr zu besetzen, wobei über Ausnahmen der Kreistag entscheidet, wurde mit 24 Stimmen bei 9 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

33. Der Antrag der SPD-Fraktion, den Sammelnachweis 2 "Sächliche Ausgaben" global um 5 % zu kürzen, was mit einer Ersparnis von 93.620 DM verbunden wäre, wurde mit 27 Stimmen bei 9 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

34. Der Antrag der SPD-Fraktion, nach den Osterferien einen "Runden Tisch Kreisfinanzen" zu bilden mit dem Ziel, die finanzielle Zukunftsfähigkeit des Kreises zu beraten und durchgreifende Konsolidierungskonzepte zu entwickeln, wurde mit 25 Stimmen bei 9 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung zum Gesamthaushalt:

1. Der Kreistag beschloß mit 24 Stimmen bei 14 Gegenstimmen die Haushalts- satzung des Landkreises Ahrweiler für das Haushaltsjahr 1996 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung einschließlich der zuvor be-schlossenen Änderungen.
2. Der Kreistag beschloß mit 24 Stimmen bei 14 Gegenstimmen das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 1995 - 1999 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

3. Der Kreistag beschloß mit 24 Stimmen bei 14 Gegenstimmen den Haushaltsplan für die Gertrud-Pons-Stiftung für das Haushaltsjahr 1996 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

11	Beantwortung von Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
----	--

Es wurden Anfragen zu folgenden Themen beantwortet:

Frau Elsner (SPD):

- > Verfahren zur Wiederbesetzung der Gleichstellungsbeauftragten

Herr Lang (SPD):

- > Erstattungsbeträge bei Wahlen
- > PCB-Untersuchungen in kreiseigenen Schule
- > Rechnungsprüfung in Bad Breisig

12	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

Es lagen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende: Joachim Weiler, Landrat

Der Schriftführer: Kniel, Kreisoberverwaltungsrat

Für die Mitglieder: Günter Hörsch (CDU), Dirk Banze (SPD), Wolfgang Schlagwein, (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Dr. Helmuth Stange (F.D.P.)